

# Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,

Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Druckpreis: Bei Abholung in Blank, bei Postbestellung 10 Pf. monatlich. Einzelhefte 1 Pf. 10 Pf. für 10 Hefte. Abbestellung erfolgt nur, wenn dies beiläufig mitgeteilt wird. Die „Sachsen-Zeitung“ enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostitz u. a.



Nr. 48 - 83. Jahrgang.

Verl.-Nr.: „Sachsen-Zeitung“

Wilsdruff-Dresden.

Spezial: Dresden 2610

Dienstag 26. Februar 1924

## Die 3. Steuernotverordnung unwirksam

### Ein Urteil des Landgerichts I Berlin.

(Eigener Fernsprechtsdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Berlin, 25. Febr. Die Berliner Anwaltskammer teilt mit: Die 21. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin hat in einer Hypothekenauswertungsfreiigkeit den Antrag des Hypothekenschuldners auf Aussetzung des Verfahrens gemäß § 10 der Verordnung vom 14. Februar 1924 durch Beschluss vom 21. Februar 1924 abgewiesen. Das Gericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die dritte Steuernotverordnung rechtsunwirksam ist, als sie das durch die Reichsgerichtsentcheidung vom 28. November 1923 anerkannte Recht auf angemessene Aufwertung beschränkt, weil sie infolgedessen gegen Artikel 153 Absatz 1 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, der das Eigentum gewährleistet, verstößt.

### Unfreundliche Kritik der Dresdner Rede Dr. Stresemanns.

(Eigener Fernsprechtsdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Dresden, 25. Febr. Die Rede, die Dr. Stresemann am vergangenen Freitagabend in Dresden gehalten hat, gibt den Pariser Blättern neuen Anlaß, an der Person des deutschen Außenministers Ausstellungen zu machen. Der „Matin“ tut einen langen Waid in das Sündenregister Stresemanns und meint zum Schluß: Man möchte glauben, daß die Aussicht auf eine gerechte Lösung mit Stresemanns politischen Absichten nicht im Einklang stehen. Die nachträgliche Erläuterung, die das Berliner Auswärtige Amt zur Rede Stresemanns übermittelt, wird von den Blättern ohne Kommentar wiedergegeben. (Der Pariser Presse ist die Rede nicht stresemannisch genug, — uns viel zu viel!)

### Deutschsoziale Forderungen.

(Eigener Fernsprechtsdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Berlin, 24. Febr. Am Sonnabend und Sonntag hielt der Landesverband Berlin der Deutschsozialen Partei seinen Landtag ab. Eine am Schluß der Tagung angenommene Entschließung fordert unter anderem: Festhalten am Achtstundentag, Stützung der Gewerkschaften und Förderung des Kleinhandels im Kampfe gegen die Warenhäuser.

### Bedeutende Tagung in Berlin.

(Eigener Fernsprechtsdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Berlin, 25. Febr. Die gemeinsame Mitgliederversammlung des Reichsverbandes Deutscher Industrieller und der Vereinigung Deutscher Arbeitnehmerverbände findet am 26. und 27. März statt.

### Weitgehende Sicherheitsmaßnahmen für den Hitlerprozeß.

München, 25. Febr. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, hat die Landespolizei Münchens zur

Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen für den Hitlerprozeß weitgehendste Vorsorge getroffen.

### Vom Bankbeamtenstreik in Wien.

(Eigener Fernsprechtsdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Wien, 25. Febr. Sollten sich im Laufe des heutigen Tages die Banken nicht zu Konzessionen entschließen, so muß einer weiteren Verschärfung des Bankbeamtenstreikes gerechnet werden. Die Streikleitung der Bankbeamten weist mit allem Nachdruck darauf hin, daß sie es nicht dulden werde, daß die Banken den Ausgesperrten am 1. März das Gehalt nicht auszahlen. In diesem Falle wäre mit einer sozialdemokratischen Interpellation und mit neuen Schwierigkeiten zu rechnen.

### 1 Million Dollar Schadenersatzansprüche

(Eigener Fernsprechtsdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 25. Febr. Aus Washington wird gemeldet, daß gestern morgen die Kommission, die zur Festlegung der amerikanischen Schadenersatzansprüche aus dem Untergang der „Lusitania“ eingesetzt war, ihren Bericht fertiggestellt hat. Die Kommission hat dahin entschieden, daß 27 Geschädigten Schadenersatzansprüche in Höhe von insgesamt 1 Million Dollar zugesprochen werden sollen, die die deutsche Regierung zahlen soll.

### Ausbruch der Pest in Indien.

London, 25. Febr. In Indien ist die Pest ausgebrochen. Bisher sind 600 Fälle zu verzeichnen, davon 68 Todesfälle.

### Keine Revolution in Bulgarien.

(Eigener Fernsprechtsdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 25. Febr. Der Pariser bulgarische Gesandte dementiert die Neuterhebung aus französischer Quelle, wonach in Bulgarien die Revolution ausgebrochen sei. Aus einer an die Presse gerichteten Notiz geht hervor, daß von gewissen Kreisen, die an der Schädigung des wirtschaftlichen Lebens ihres Landes Interesse haben, seit einiger Zeit systematisch tendenziöse Nachrichten ausgestreut werden. (Wer sind die Kreise, die gefuningslumpig genug sind, dieses Interesse zu haben? „Gewisse Kreise“ nennt man sie überall. . .)

### Ägyptische Senatswahlen.

(Eigener Fernsprechtsdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

London, 24. Febr. Aus Kairo wird gemeldet, daß die ägyptischen Senatswahlen gestern stattgefunden haben. Die bisherigen Ergebnisse lassen auf einen überwältigenden Sieg der Partei Jagogul Pochas schließen.

### Neue Petroleumquellen in Alaska.

(Eigener Fernsprechtsdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Newport, 25. Febr. Man erklärt, daß im Staate Alaska neue riesige Petroleumquellen entdeckt worden sind.

Ja, wenn die Kompromißsehnsucht nicht wäre. Kompromißhaft weicht durch den Reichstag, und man sah beispielsweise in der Wandelhalle die Führer der Zentrums- und der Bauernpartei des Reichstages. Das läßt darauf schließen, daß man bereits heftig an der Arbeit ist, ein Kompromiß zu schaffen. Vielleicht läßt die Regierung „mit sich reden“; vielleicht — aber hinter dieses vieleicht muß man ein großes Fragezeichen machen — gibt auch die Sozialdemokratie in manchem nach. Aber — die Wahlen sind in der Nähe, und da läßt man sich doch ungern den Agitationsstoff nehmen, bloß um die Auflösung des Reichstages noch etwas hinauszuziehen. Die ablehnende Stellung der Regierung gegenüber den Anträgen der Sozialdemokraten auf der einen und der Deutschnationalen auf der anderen Seite zeigt deutlich, wie schmal die parlamentarische Basis der Regierung ist. Sie hat nur noch die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten hinter sich, die Bayerische Volkspartei ist gleichfalls aus Wahlrücksichten, und zwar aus doppelten, zu einem ganz unsicheren Mitgänger geworden, und die Sozialdemokratie, auf die sie meistens rechnen konnte, ist vergrämt. Außerdem will diese als Wahlparole den Kampf gegen die Bourgeoiseregierung proklamieren, und da stellt man sich auch äußerlich in Gegensatz zu dieser Regierung. Da kann der Kanzler naturgemäß nicht riskieren, dem Reichstage irgendein wichtiges Gesetz vorzulegen, weil er vor Überassungen von rechts oder links her nicht mehr geschützt ist.

Daher ist es zu verstehen, daß das Kabinett nun von sich aus mit den Parteien über den Wahltermin zum neuen Reichstag verhandelt, um Klarheit, und zwar baldige Klarheit, über sein Schicksal zu erhalten. Die Regierung kann nicht mehr darauf rechnen, durch einen außenpolitischen Erfolg eine durchschlagende Wahlparole für die ihr nachstehenden Parteien zu gewinnen, ein neues Ermächtigungsgesetz kriegt sie nicht und mit diesem Reichstag, der schon ganz unter dem Wahlfieber steht, läßt sich nicht mehr regieren. Das aber ist unumgänglich für Deutschland. Also muß bald gewählt werden, und es ist

gar nicht ausgeschlossen, daß der 6. April den Deutschen den Gang zur Urne bringt. Da für den ganzen April ein anderer Wahlsonntag wegen der Nähe des Osterfestes nicht in Frage kommt, so ist der zweite denkbare Termin, der vielfach genannt wird, der 11. Mai.

Vorher aber werden wir ein oder zwei Wahlreden von jeder Partei erleben. Hinter den Kulissen wird man, während vorn die Fenster unter den Wahlbrommeten flirren, irgendeine Form finden, mit der man sich die paar Wochen hindurch noch behilft. Es wird aber Zeit, daß der Reichstag durch einen neuen, lebensfrischeren, vor allem arbeitsfähigeren ersetzt wird.

## Politische Rundschau

### Gegen Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Dresden, 23. Februar. Im Anschluß an den Deutschnationalen Antrag, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß der Ausnahmezustand für Sachsen auch nach dem 1. März noch bestehen bleibt, hat die Deutschnationale Fraktion folgende Anträge im Landtag eingebracht: „Die bevorstehende Aufhebung des Ausnahmezustandes hat in der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung große Erregung hervorgerufen. Sie befürchtet eine Wiederholung der anarchoischen Zustände, die im vergangenen Jahre bei der Getreide- und Kartoffelernte festgestellt wurden. Nur die sichere Aussicht, die Ernte ungeschädigt zu bergen, kann den Landwirt veranlassen, die durch Verwendung von ausgefuchtem Saatgut und Düngemitteln entstehenden Ausgaben zu tragen. Durch welche Maßnahmen gedenkt die Regierung die Sicherheit der Ernte zu gewährleisten und die Landwirtschaft vor Plünderungen und Felddiebstählen zu schützen? Erachtet die Regierung die zur Verfügung stehenden Nachmittels für hinreichend?“

### Hindenburg zum Hitlerprozeß.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg äußert sich in einem in Berlin veröffentlichten Brief über die Umstände, unter welchen General Ludendorff als Mitangeklagter in dem bevorstehenden Hitlerprozeß sieht. Hindenburg schreibt:

In letzter Zeit sind vielfach Aufforderungen an mich ergangen, es zu verhindern, daß der unselige Prozeß gegen meinen treuen Kriegsgesährten General Ludendorff stattfindet. Jeder vaterlandsliebende Deutsche wird mit diesem Schmerz dem Prozeß entgegensehen, und daher sind mir die an mich gerichteten Wünsche nur zu begründet. Aber die richtige Überlegung muß man sich sagen, daß in einem Staatswesen ein Eingriff in die Rechtspflege eine Unmöglichkeit ist. Auch glaube ich nicht, daß mein Gehör in großer und schwerer Zeit bei seinem geraden Charakter den Gedanken gut heißen würde, um eine Ausnahmeheilung erwirken zu wollen. Galt es mir und dabei in diesen trüben Tagen an den festen Klauen, daß eine rein sachliche gerichtliche Aburteilung zeigen wird, daß alle Handlungen meines lieben Kameraden und Gehilfen lediglich auf glänzende und selbstlose Vaterlandsliebe zurückzuführen sind, eine Annahme, die ich in dem Bestreben, beiden Teilen gerecht zu werden, auch seinen augenblicklichen Gegnern nicht vorenthalten will.

Eine andere Stellungnahme des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg zu dem Prozeß war selbstverständlich nicht zu erwarten.

### Sicherungsmaßnahmen.

Wie man aus München erfährt, sollen in den nächsten Tagen durch den Staatskommissar in München Stadt Anordnungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit während des Hitlerprozesses erfolgen. Für ein bestimmtes Gebiet um die Kriegsschule, in der die Verhandlung stattfindet, sollen verboten werden Ansammlungen von mehr als drei Personen, das Waffentragen auch für Besitzer von Waffenscheinen, das Photographieren und Filmen, wenn nicht eine besondere polizeiliche Erlaubnis erteilt ist, politische Versammlungen und auch das Gehen mit Gegenständen aller Art.

### Die republikanische Partei vor der Öffentlichkeit.

Berlin, 24. Februar. Am Sonntag hielt die neu gegründete republikanische Partei in Berlin ihre ersten öffentlichen Versammlungen ab. Die Redner übten an der Haltung der Sozialdemokraten und Demokraten scharfe Kritik und warnten ihnen vor, von der Existenz der neuen Partei keine Notiz genommen zu haben. Als Hauptreferent entwickelte Professor Westfal von der Berliner Universität das Programm der Partei, deren Aufgabe es sei, auf der Grundlage der Weimarer Verfassung die sozialen Kräfte zu einer neuen einheitlichen Sozialpolitik zusammenzufassen. Mit den Klängen der Internationale fand die Hauptversammlung ihr Ende. (Die Internationale, ei ei!)

### Sepp Dertter verhaftet.

Braunschweig, 23. Februar. Hier wurde eine Versammlung des Germanenbundes gesprengt, in welcher der Landtagsabgeordnete Sepp Dertter einen Vortrag hielt. Drei Führer, unter ihnen Sepp Dertter, wurden verhaftet.

## 6. April oder 11. Mai.

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben:

Nach einer Pause von zwei Tagen tritt der Reichstag wieder zusammen, um in der mit großer Spannung erwarteten „großen Woche“ Innen- und Außenpolitik zu behandeln. Die Pause war freilich etwas merkwürdig, weil der Reichstag überhaupt erst drei Tage hindurch „gearbeitet“ hatte. Man kann auch das Gegenteil sagen: Diese Pause war nicht merkwürdig, weil in ihr nämlich eifrige Verhandlungen über Kompromisse gepflogen werden, was ja die Haupttätigkeit des Reichstages zu sein pflegt.

Nach manchen Richtungen hin ist die politisch-parlamentarische Situation etwas durchschichtiger geworden. Von der Wahlrechtsreform, von einem Hinauszögern des Wahltermins ist nicht mehr die Rede. An ihren Rotverordnungen will die Regierung durch Abänderungsanträge der Parteien nicht drehen und deuteln lassen, will eine Annahme eines solchen Antrages durch den Reichstag, will sogar seine Verweisung an eine Reichstagskommission mit der Auflosungsordre beantworten. Nun liegen aber überaus zahlreiche sozialdemokratische Abänderungsanträge, namentlich zur dritten Steuernotverordnung, vor, ist, nach dem Antrage auf Aufhebung der Personalverordnung, deutschnationalerseits nun auch der Antrag auf Aufhebung der dritten Steuernotverordnung eingegangen. Das ist der weitergehende Antrag, als der der Sozialdemokraten, käme also als erster zur Abstimmung, und würde zweifellos abgelehnt werden. Dann aber käme der Antrag, die sozialdemokratischen Abänderungsvorschläge einer Kommission zu überweisen. Wenn für diesen Antrag auch die Deutschnationalen stimmen — und es scheint ziemlich sicher, daß sie das tun werden — dann muß der Reichstagskanzler, wenn er zu seinem Wort stehen will, die rote Mappe öffnen und die Auflosungsordre zur Verlesung bringen.